

„Nichts als leere Worthülsen“

Multinationale Unternehmen, die für Verstöße gegen Arbeits-, Menschen- und Umweltrechte verantwortlich sind, sollen mit nationalen Aktionsplänen zur Rechenschaft gezogen werden. Nach den Worten von **Melik Özden** vom Schweizer Forschungszentrum CETIM reicht das nicht aus.

Text: Stefan Kunzmann (stefan.kunzmann@revue.lu) / Foto: Philippe Reuter

Herr Özden, für was steht das Genfer Centre Europe Tiers Monde (CETIM)?

Als Forschungszentrum über die Nord-Süd-Beziehungen, 1970 in Genf gegründet, behandeln wir insbesondere Fragen, welche die Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit betreffen, Fragen der Auslandsverschuldung und über die Auswirkungen der Globalisierung auf die Länder des Südens. Hinzu kommen Themen wie der internationale Handel und eben auch jenes der Transnationalen Gesellschaften (STN). Das CETIM verfügt über einen Konsultativstatus bei der UNO und setzt sich einerseits für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ein – Nahrung, Gesundheit, Erziehung, Unterkunft, etc. –, und andererseits für die Schaffung von zwingenden Normen, was die multinationalen Unternehmen betrifft.

Eine ihrer Initiativen richtet sich gegen die Straffreiheit von multinationalen Unternehmen,...

...die gegen Arbeitsrechte, Umweltrechte oder Menschenrechte verstoßen und dabei völlig straffrei davonkommen. Die Verantwortlichen bleiben straffrei. Viele transnationale Gesellschaften, darunter einige, die sich in Luxemburg oder der Schweiz niedergelassen haben, respektieren außerdem die fiskalischen Normen nicht (Anm. d. Red.: siehe LuxLeaks). Unter dem Schutz der Staaten, die sich Investitionen sichern wollen, versuchen die STN, nach dem Prinzip der Shareholder Values ein Maximum an Profit herauszuschlagen – wobei die Regeln der Welthandelsorganisation WTO sowie bilaterale Abkommen ihnen zugute kommen. So kommt es, dass manche

„Der freiwillige Ansatz reicht nicht aus... Wir brauchen ein verbindliches juristisches Instrument.“

Konzerne dem Staat, dem Volk und den Bürgern und Bürgerinnen übergeordnet sind. Das ist eine besorgniserregende Situation, was das Funktionieren der Demokratie betrifft.

Können Sie Unternehmen nennen, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind?

Zuerst muss man feststellen, dass sich mit der Globalisierung die industrielle Produktionsweise geändert hat. Der Konzern Nike symbolisiert diese Änderung sehr gut. Der Sportartikelhersteller mit Hauptsitz in Kalifornien diktiert den unzähligen Firmen in anderen Ländern Preise und Lieferbedingungen. Diese Firmen sind wie Subunternehmen. Sie haben oft nur einen Abnehmer – eben Nike – und sind von diesem abhängig. Es gibt unzählige Beispiele, Shell, Total, Chevron, Coca-Cola, Nestlé, Monsanto, etc. Die juristischen Prozesse sind für die Opfer sehr kostspielig. Dagegen haben die Unternehmen die nötigen Mittel, um renommierte Anwälte zu bezahlen. Auf der einen Seite stehen die STN mit Tausenden von ihnen abhängigen Subunternehmen. Die Rolle dieser Lieferketten – und Verantwortungsketten – rückte verstärkt in den Vordergrund nach der

Katastrophe von Sabhar. Bei dem Einsturz des Rana Plaza, einer achtstöckigen Textilfabrik nordwestlich von Dakha, der Hauptstadt von Bangladesch, starben im April 2013 mehr als 1.100 Menschen. Ein weiteres Beispiel war die Lieferung Tonnen hochgiftigen Mülls in die Elfenbeinküste mit einem Frachter, für die der niederländische Konzern Trafigura verantwortlich gemacht wurde. Er hat weltweit zahlreiche Niederlassungen, in Europa unter anderem in Großbritannien, den Niederlanden und der Schweiz.

Welche Instrumente gibt es bislang?

Auf internationalem Niveau gibt es noch keine. Umso dringender ist es, einen Mechanismus auf dieser Ebene zu haben. Die großen Unternehmen sind äußerst volatil und kaum zu greifen. Erstens gibt es kaum eine juristische Handhabe gegen sie. Zweitens fehlt oft der politische Wille in vielen Staaten, gegen sie vorzugehen. Drittens ist es, insbesondere wenn eine ganze Lieferkette besteht, schwierig festzustellen, wer innerhalb dieser Kette die Verantwortung dreht. Der Gebäudeeinsturz von Sabhar war dabei emblematisch. Vorher hat man immer eine verantwortliche Person innerhalb eines Unternehmens gesucht

oder versucht, den Schaden zu reparieren. Das hat sich mittlerweile geändert. Heutzutage muss ein Unternehmen in seiner Gesamtheit, als moralische oder auch physische Person (die für das Unternehmen verantwortliche Personen) sowohl in zivilrechtlicher, als auch strafrechtlicher Hinsicht Rechenschaft ablegen.

Was war der Effekt der 2011 verabschiedeten UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte?

Das von dem UN-Generalsekretär für Wirtschaft und Menschenrechte, John Ruggie, stammende Konzept basiert auf drei Säulen: die Pflicht der Staaten, die Menschenrechte zu schützen, die Pflicht der Unternehmen, die Menschenrechte zu respektieren, sowie das Recht auf Wiedergutmachung im Falle erlittener Menschenrechtsverletzungen durch wirtschaftliche Akteure. Bis heute beruht die Verantwortung der Unternehmen ausschließlich auf der Freiwilligkeit der Unternehmen.

Die sogenannte Corporate Social Responsibility (CSR).

Der freiwillige Ansatz reicht nicht aus. Aus diesem Grund hat die UNO ein neues Mandat geschaffen, um verbindliche Normen für Konzerne auszuarbeiten. Aber die EU, die sich stark für die Interessen der Konzerne einsetzt, versucht diesen Prozess zu blockieren oder ihn zumindest in eine andere Bahn zu lenken. Die EU drängt so ihre Mitgliedstaaten dazu, nationale Aktionspläne zwecks der Umsetzung der Ruggie-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zu verabschieden. Viele Staaten – einschließlich der

Schweiz und lateinamerikanischer Staaten – haben das getan, aber für die Zivilgesellschaft sind diese Aktionspläne nichts anders als leere Hüllen. Sie dienen der Beschwichtigung. Wenn das Unternehmen nicht möchte, dann kann man nichts dagegen unternehmen.

Heute hat jeder große Konzern eine CSR-Abteilung. Nichts als Marketing?

In der Tat, reines Marketing. Die Unternehmen interessieren sich letztendlich nur für den Profit. Sie haben keine soziale Verantwortung. Nicht so wie einst die alten Unternehmen, die sich um das Wohlbefinden ihrer Beschäftigten kümmerten, ihnen Unterkünfte stellten oder ihre Gehälter und Löhne erhöhten. Heute ist das vorbei. Nehmen wir wieder das Beispiel Nike – und der Konzern ist bei weitem nicht der einzige: Es werden Subunternehmen gegründet und dadurch Verantwortung abgegeben. Die Subunternehmer sind selbst Opfer des Systems. Wenn etwas schief geht, müssen sie die Verantwortung tragen und nicht das Mutterhaus. Viele Unternehmen zahlen überhaupt keine Steuern. Im Gegenteil nehmen sie großen Einfluss auf die Politik. Der Staat schaut weg. Seit die Privatisierungswelle in den 90er Jahren viele Länder erfasste, wurde der Staat abgebaut. Er existiert dort so gut wie nicht. Es ist jedoch der Staat, der die Pflicht hat, für Schulen zu sorgen, die Wasser-, Stromversorgung sowie das Gesundheitssystem zu liefern.

Die soziale Verantwortung eines Unternehmens wird häufig per Audit überprüft. Was taugt ein Audit?

Die Audits werden von privaten Unternehmen durchgeführt. Sie wollen es sich nicht mit ihren Auftraggebern verschmerzen. Nehmen wir das Beispiel des Dieselskandals bei Volkswagen und anderen. Oder ein ganz anderes. Im Kongo zum Beispiel weiß der Staat nicht einmal, wie viel Erz abgebaut wird, da alle Minen in privater Hand sind.

Auf der Schwarzliste der Firmen sind auch viele, die in Luxemburg präsent sind.

Ich kann Ihnen leider keine Weißliste nennen. Nehmen wir die Mineralölkonzerne wie Shell, Total, etc. Auf Kontinenten wie Südamerika, Afrika oder Asien haben diese ein langes Strafregister. Luxleaks hat gezeigt, wie viele Unternehmen in Luxemburg eine Briefkastenfirma haben. Ein anderes Problem ist die „Uberisation“ der Wirtschaft. Wie bei dem Taxiunternehmen Uber gibt es keine Angestellten mehr, sondern „travailleurs indépendants“. Wenn diese mit ihrem Taxi einen Unfall verursachen, dann liegt dies in deren Verantwortung. Das Gleiche gilt für Airbnb. All dies entzieht sich der Kontrolle – und der Steuer.

Dadurch ist zunehmend schwierig, die Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen. Welches Ziel hat Ihre Initiative? Wir brauchen ein verbindliches juristisches Instrument auf internationaler Ebene, das die Multinationalen sanktioniert, um diese Architektur der Straflosigkeit zu überwinden und den Opfern den Zugang zu den Gerichten zu sichern.

Melik Özden

Melik Özden ist Direktor des 1970 in Genf gegründeten und dort beheimateten Centre Europe Tiers Monde (CETIM). Der 54-jährige Schweizer kurdischer Herkunft, der auf Einladung der Action Solidarité Tiers Monde (ASTM) in Luxemburg war, lebt seit 1983 in der Schweiz. Seine jüngste Publikation widmet sich der „Impunité des sociétés transnationales (STN)“.